

1 **Antrag A5**

2 MVV LINKE. Neukölln am 12. April 2021

3

4 **Änderungsantrag Landeswahlprogramm zum Thema Polizei**

5

6 Zur Einreichung

7 DIE LINKE. Berlin

8 8. Landesparteitag, 2. Tagung

9 23./24. April 2021

10

11 **Einreicher: BO Süd Neukölln, Belma Bekos, Ferat Kocak, Moritz Wittler**

12

13 Der Landesparteitag möge beschließen:

14

15 Streichung

16 Zeile 29 Streichung von „ , Polizei“

17 Zeile 98 Streichung von „ , Polizei“

18 Zeile 4197/4198 Streichung von „Dazu gehören ausreichend Personal für die Polizei auf der
19 Straße sowie mobile oder feste Wachen. Doch“

20

21 Ersetzung

22

23 Zeilen 4204 – 4206

24 „Zur Bekämpfung von Phänomenen wie Taschendiebstahl, Fahrraddiebstahl oder
25 Einbruchsdiebstahl streben wir eine zusätzliche Ausstattung der Polizei mit Stellen sowohl bei den
26 Abschnitten für lokale Aufklärung und Prävention als auch beim LKA für die Ermittlung von
27 organisierten Strukturen an.“

28 Ersetzen durch:

29 „Zur Bekämpfung von Phänomenen wie Taschendiebstahl, Fahrraddiebstahl oder
30 Einbruchsdiebstahl streben wir eine Umverteilung personeller Ressourcen zugunsten dieses
31 Bereiches sowohl bei den Abschnitten für lokale Aufklärung und Prävention als auch beim LKA für
32 die Ermittlung von organisierten Strukturen an.“

33

34 Zeile 4230

35 „Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und eine gute Stellenausstattung bei Polizei und
36 Feuerwehr und für eine Fortführung der Ausbildungs- und Einstellungsoffensive ein.“

37 Ersetzen durch:

38 „Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen bei Polizei und Feuerwehr ein.“

39

40

41 Zeile 4253

42 „Das gilt es zu vermeiden“

43 Ersetzen durch

44 „Das ist zu verurteilen.“

45

46 Zeile 4260

47 Überschrift „Personal statt Videoüberwachung“

48 Ersetzen durch

49 „Keine Videoüberwachung“.

50

51 **Begründung:**

52 Die gesamte Bundesrepublik und besonders auch Berlin erleben seit geraumer Zeit eine Welle von
53 besorgniserregenden Aufdeckungen innerhalb der Sicherheitsbehörden, insbesondere den
54 Polizeien. Spätestens nach den Serienmorden des NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) ist
55 diese Erkenntnis breiteren Kreisen bewusst geworden: Die Sicherheitsbehörden scheinen ein
56 rechtsradikales Problem zu haben und sind zum Teil unterwandert von Nazis und Rechtsradikalen.
57 Seither hat sich eine Reihe von weiteren Ereignissen abgespielt, deren vollständige Aufzählung
58 den Rahmen sprengen würde und den allermeisten ohnehin bekannt ist. Die Meldungen zu
59 Nazichats, „verschwindenden“ Waffen, illegalen Abrufen von personenbezogenen Daten aus
60 polizeilichen Datenbanken, die Weitergabe vertraulicher Informationen an rechtsradikale Kreise,
61 private Schießübungen mit staatlichen Waffen, Kameradschaften und Seilschaften von
62 Polizist:innen, bis hin in die Staatsanwaltschaften, mit Nazis und Terroristen, wie in Berlin bekannt
63 geworden. Solche Nachrichten sind fast zu einer Randmeldung geworden, weil sie sich derart
64 stark häufen. Erst kürzlich wurde als Reaktion auf das erneute „Verschwinden“ von 7000 Schuss
65 Munition in Sachsen, eine Spezialeinheit vollständig aufgelöst.

66 Die Meldungen sind erschreckend, sie betreffen nicht einzelne Regionen allein oder aber
67 spezifische Gruppen bzw. Einheiten innerhalb der Polizeien, sondern sind ein bundesweites
68 Phänomen und es ist nicht weit hergeholt anzunehmen, dass auch bundesweite Vernetzungen
69 bestehen müssen. Besorgniserregend dabei ist auch, wie wenig Resonanz diese Meldungen
70 innerhalb der breiten Öffentlichkeit erfahren, trotz der extremen Brisanz und Gefahren dieser
71 Aufdeckungen. Es gibt Verdachtsmomente der bundesweiten Vernetzung von Nazis und
72 Rechtsextremen, die sich aus den Einrichtungen des staatlichen Gewaltmonopols heraus formiert
73 haben könnten.

74 Für die Antragssteller:innen ist es unhaltbar, wie auch in unserem Wahlprogramm diese
75 Entwicklungen kaum eine Würdigung erfahren und, noch viel mehr, über den Text hinweg immer
76 wieder die nüchterne Forderung nach mehr Personal bei der Polizei eingebaut ist. Die Polizei, der
77 bewaffnete staatliche Apparat, wird dabei aufgeführt als einer unter vielen Akteuren der
78 öffentlichen Daseinsvorsorge. In einer solchen Situation sollten wir aber nicht die Aufstockung der
79 Polizei fordern, sondern uns sogar idealerweise ausdrücklich auf die Verhinderung einer
80 Aufstockung festlegen, bis sämtliche Vorkommnisse und rechte Verstrickungen bei dieser
81 Institution aufgeklärt sind.

82 Die Forderung nach der Stärkung der repressiven staatlichen Institutionen erscheint uns auch aus
83 der Sicht von demokratischen Sozialist:innen falsch. Die globale Debatte im Zuge der Black Lives
84 Matter- Bewegung war hier sogar weiter, "abolish oder defund police" („Abschaffung“ oder
85 „Mittelreduzierung“) und Demilitarisierung der Polizei (Verbot von Würgegriffen, Elektrotasern,
86 Pfefferspray, Demilitarisierung/Entwaffnung, mehr externe Kontrolle) waren maßgebliche
87 Forderungen bei den Protesten. Diese Forderungen werden nicht alle von uns geteilt, sie zeigt
88 aber, wie sich der Diskurs verschoben hat und wir hier keinesfalls in eine konservative Forderung
89 nach mehr Repression statt der Bekämpfung von sozialen Ursachen von Kriminalität zurückfallen
90 dürfen.

91 Es ist auch nicht vermittelbar, dass die Polizei ein personelles Problem haben soll. Allein in der
92 gegenwärtigen Legislaturperiode hat die Polizei martialische Hausräumungen mit gigantischem
93 personellem Einsatz umgesetzt. Die Polizei ist in diesen Fällen lediglich zur Amtshilfe verpflichtet
94 und nicht zur Durchsetzung eines Räumungstitel um jeden Preis. Sie scheint aber hinreichend
95 Personal zu haben, um sich für einzelne Eigentümer einzusetzen. Ganze Stadteile wurden in den
96 Ausnahmezustand versetzt. Daneben finden regelmäßig ebenso unverhältnismäßige Einsätze bei
97 Razzien in Shishabars oder aber zuletzt im Görlitzer Park oder aber in Moscheen statt. Das zeigt:
98 die Polizei ist zunehmend ein Wahlkampfinstrument der SPD und personelle Probleme scheinen in
99 diesen Momenten ganz weit weg zu sein. Schließlich hat Berlin mit 689 Polist:innen je 100.000
100 Einwohner:innen bereits die in Relation zur Bevölkerung höchste Anzahl an Stellen unter allen 16
101 Bundesländern, also auch mehr als in andere Stadtstaaten wie Bremen und Hamburg.

102 Besonders betroffen von diesen Umtrieben und Einsätzen sind Linke und BPoC. Regelmäßige
103 Polizeigewalt erfahren Antifaschist:innen bei Demos etwa, oder Menschen mit
104 Migrationsgeschichte bei besagten Razzien oder durch die rechte Bedrohung und Vernetzung, wie

105 wir in den eigenen Reihen anhand von einem Terroranschlag oder aber von den illegalen
106 Datenabrufen erfahren haben. Für uns als Antragssteller:innen stellt die Polizei jedenfalls nicht
107 mehr allein eine Institution der Sicherheit dar. Wir verspüren vielmehr auch eine zutiefst
108 besorgniserregende und ernste Bedrohung von dieser Institution als solche ausgehend und finden
109 die Forderung nach mehr Polizei fast schon befremdlich und halten es für keine haltbare
110 Forderung, mehr Personal bei der Polizei zu fordern. Statt noch weiterzugehen und im
111 Wahlprogramm für die Verhinderung der Aufstockung bei der Polizei einzutreten, schlagen wir als
112 Kompromisslösung vor, die Forderung nach mehr Polizei aus dem Wahlprogramm
113 herauszunehmen.

114 In Zeile 98 besteht unserer Ansicht nach auch ein Widerspruch. Während wir die
115 kriminalitätsbelasteten Orte kritisch bewerten, wird hier plötzlich von Wachen in solchen Orten
116 gesprochen, daher auch die Streichung des Satzes.

117

118